

Rudolf Assion

**Rechtsanwalt, Berufsbetreuer und Fachanwalt für Erbrecht
Kaiserstrasse 42 in Mainz 06131-228925**

Mitglied der LAG für Betreuungsangelegenheiten in Rh-Pf

Präsident des Landesverbandes der Berufs- und Behördenbetreuer in Rh-Pf

**Justiziar beim Zentralarchiv des DRK
für die Hinterlegung von Vorsorgeverfügungen**

Stellvertretender Vorsitzender des Rhein Hessischen Anwaltvereins

Berufsbetreuer

Mitglied des Mainzer Erbrechtszirkels

Vorstand der Haus- und Grundbesitzervereinigung Mainz und Umgebung

Beachtenswerte Fristen für Betreuer

A. Im Betreuungsrecht

1) Allgemeines

Zum 1.9.2009 änderten sich die Rechtsmittel gegen Beschlüsse des neuen [Betreuungsgerichtes](#) im [Betreuungs-](#) und [Unterbringungsverfahren](#) durch das neue [FamFG](#).

Dies betrifft insbesondere Fristen- sowie Formvorschriften.

Die Rechtsmittel für [Gerichtsbeschlüsse](#) des Betreuungsgerichtes ab 1.9.2009 heißen weiter

- a) **Beschwerde**, §§ [59](#) ff. FamFG
- b) **Erinnerung** (§ [11](#) Rechtspflegergesetz). (insbes. wenn gegen einen Beschluss eines [Rechtspflegers](#) in [Vergütungssachen](#) vorgegangen wird)

Die bisherige weitere Beschwerde an das Oberlandesgericht wird durch die Rechtsbeschwerde an den Bundesgerichtshof ersetzt (§§ [70](#) ff. FamFG).

Gerichtsbeschlüsse müssen ab 1.9.2009 zwingend eine Rechtsmittelbelehrung enthalten (§ [39](#) FamFG); insbesondere zu den Fristen.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

Bis zur Entscheidung über die Beschwerde ist der Betreuer mit allen Rechten im Amt (sofern es bei der Beschwerde um die Betreuerbestellung geht).

Es gibt allerdings die Möglichkeit, dass das Landgericht im Wege einer [einstweiligen Anordnung](#) die Vollziehung des angefochtenen Beschlusses aussetzt, § [64](#) Abs. 3 FamFG.

2) Neue Rechtsmittelfristen

Ab 1.9.2009 sind alle Rechtsmittel befristet.

- a) Es gilt eine Frist von **einem Monat** ab schriftlicher Bekanntgabe (§ [63](#) FamFG).
- b) Gegen [einstweilige Anordnungen](#) und gerichtliche [Genehmigungen](#) gilt eine **2-Wochenfrist** (§ [63](#) II FamFG).
- c) Soweit der Vertreter der Staatskasse beschwerdeberechtigt ist, hat er eine **3-Monatsfrist** (§ [304](#) FamFG).
- d) Gegen Unterbringungsbeschlüsse kann als [Rechtsmittel](#) die [Beschwerde](#) (§§ [59](#), [336](#) FamFG) eingelegt werden.

Zur Beschwerde ist neben dem Betroffenen selbst noch der in § [335](#) FamFG bestimmte Personenkreis berechtigt (nahe Angehörige, Behörde, Heimleiter, Verfahrenspfleger).

Die Rechtsmittelfrist beträgt 2 Wochen bei einstweiligen Anordnungen, ansonsten 1 Monat ab Bekanntgabe.

Gegen die Landgerichtsentscheidung kann nach § [70](#) FamFG Rechtsbeschwerde beim Bundesgerichtshof eingelegt werden.

Hierzu ist ein vor dem BGH zugelassener Anwalt nötig (§ [10](#) Abs. 4 FamFG)

Beachtenswerte Rechtsprechung (auszugsweise):

OLG Naumburg, Beschl. vom 10.08.2010 - [8 UF 121/10](#):

Im Falle anwaltlicher Vertretung besteht kein Anspruch Wiedereinsetzung wegen fehlender Rechtsmittelbelehrung

Wiedereinsetzung in den vorigen Stand hinsichtlich der Versäumung der Beschwerdefrist kann im Falle anwaltlicher Vertretung nicht darauf gestützt werden, dass der angefochtene Beschluss keine Rechtsmittelbelehrung enthält.

Von einem anwaltlichen Interessenvertreter, dessen Verschulden dem Verschulden des vertretenen Beteiligten gleich steht, ist zu erwarten, dass er unabhängig von einer Belehrung durch das Gericht zumindest den Gesetzestext für fristgebundene Rechtsmittel in Familiensachen (nach neuem Recht) kennt.

BGH, Beschluss vom 04.05.2011, [XII ZB 632/10](#), [BeckRS 2011, 14201](#) = [FGPrax 2011, 206](#) = IBRRS 80503 = [NJW-RR 2011, 1011](#) = LSK 2011, 280449 = [FamRZ 2011, 1049](#) = FuR 2011, 457 = [MDR 2011, 806](#) = Rpfleger 2011, 497:

Ist nach § [41](#) Abs. 1 Satz 2 FamFG ein anfechtbarer Beschluss zuzustellen, weil er dem **erklärten Willen des Adressaten nicht entspricht**, so wird die Beschwerdefrist für den Betroffenen in einer Betreuungssache nur durch Zustellung an ihn selbst in Lauf gesetzt.

Die Zustellung an den Betreuer bleibt auf den Beginn der Beschwerdefrist für den Betroffenen auch dann ohne Einfluss, wenn der Betreuer für den [Aufgabenkreis "Entgegennahme, Anhalten und Öffnen der Post"](#) bestellt ist.

3) Vergütungsverfahren

Die Berechnung der Pauschalvergütung beginnt mit der [Betreuerbestellung](#).

Rechtswirksamer **Beginn der Betreuung** = mit der Bekanntgabe des Anordnungsbeschluss an den Betreuer

Ab dem **Beginn des folgenden Tages besteht der Vergütungsanspruch**, unabhängig von der tatsächlichen Tätigkeit des Betreuers oder dem Umfang der Aufgabenkreise.

- Nach **§187 Abs. 1 BGB** wird der Tag der Zustellung nicht mitangerechnet-

Ist die sofortige Wirksamkeit der [Betreuerbestellung](#) angeordnet, beginnt der Vergütungsanspruch unter Umständen bereits, bevor der Betreuer von seiner Bestellung Kenntnis hat.

Denn in diesem Falle führen auch die Bekanntgabe an den Betreuten, seinen [Verfahrenspfleger](#) oder die Übergabe der Gerichtsakte an die Geschäftsstelle des Betreuungsgerichtes zur Rechtswirksamkeit des Beschlusses.

Beachtenswerte Rechtsprechung (auszugsweise):

BGH, Beschluss vom 27.06.2012, [XII ZB 685/11](#):

Der **anwaltliche** Verfahrenspfleger kann gemäß § [1835](#) III BGB eine Vergütung nach dem RVG beanspruchen kann, soweit er im Rahmen seiner Bestellung solche Tätigkeiten zu

erbringen hat, für ein Laie in gleicher Lage vernünftigerweise einen Rechtsanwalt hinzuziehen würde.

Allerdings erlischt der Aufwendungsersatzanspruch gemäß § [1835](#) I Satz 3 BGB, wenn er nicht in binnen 15 Monaten nach seiner Entstehung gerichtlich geltend gemacht wird.

KG Berlin, Beschluss vom 31.01.2013, [1 W 169/12](#):

Die Ausschlussfrist für die Geltendmachung von Vergütungsansprüchen eines Berufsbetreuers wird durch ein an das Betreuungsgericht gerichtetes Schreiben, mit dem "vorsorglich zur Fristwahrung ein Vergütungsantrag gestellt" wird, **nicht** gewahrt, wenn der Antrag ansonsten keinerlei Angaben zur Prüfung des Stundenansatzes enthält.

Bundesgerichtshof, Beschluss vom 28.05.2008, [XII ZB 53/08](#); [BtPrax](#) 2008, 207 = [BtMan](#) 2008, 222 = [FamRZ](#) 2008, 1611

Die Ausschlussfrist des § [2](#) VBVG beginnt bei der pauschalierten [Betreuervergütung](#) **nicht tageweise**, sondern frühestens mit dem Ende des jeweiligen Betreuungsmonats. Ob die Frist erst mit dem Ende des jeweiligen Betreuungsquartals (§ [2](#) VBVG) beginnt, bleibt offen.

LG Duisburg, Beschluss vom 2.2.2006 – 12 T 305/05 BeckRS 2006,02303

Die Vergütung wird bis zum Todestag gezahlt

Die Tätigkeit der Notgeschäfte und Abschlussarbeiten(Bericht, Rechnungslegung) sind mit der pauschalierten Vergütung berücksichtigt

BGH, Beschluss vom 25.01.2012 XII ZB 497/11

Entscheidung mit hohem Regresspotential

Gesetzlicher Forderungsübergang

(Fassung vom 24.09.2009, gültig ab 01.01.2010)

§ 1836e BGB(1) ¹Soweit die Staatskasse den Vormund oder Gegenvormund befriedigt, gehen Ansprüche des Vormundes oder Gegenvormunds gegen den Mündel auf die Staatskasse über.

a) der gemäß §§1908i,1836 **e** I 1 BGB auf die Staatskasse übergegangene **Entschädigungsanspruch des Betreuers (Vergütung und Aufwendungsersatz)** unterliegt für die Zeit ab **dem 1.1. 2002** der regelmäßigen **Verjährungsfrist von 3 Jahren**

b) die Mittellosigkeit des Betreuten i.S.v. § 1836 d BGB steht dem Verjährungsbeginn nicht entgegen und führt nicht zur Hemmung der Verjährung nach § 205 BGB

Beispiel: Der Betreute erbt im April 2013 Barvermögen in Höhe von 50.000€.

Das Gericht fordert von dem Betreuten –per Gerichtsbeschluß- rückwirkend ab Beginn der Betreuung im Januar 2000 die aus der Staatskasse geleistete Vergütung in Gesamthöhe von 32.000 € zurück.

Zahlt der Betreuer den Betrag, bestellt das Gericht einen Ergänzungsbetreuer mit dem Wirkungskreis „Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen gegen den Betreuer“.

Der Ergänzungsbetreuer stellt fest, dass es der Betreuer versäumt hat, die Einrede der Verjährung zu erheben.

Das heißt, seit dem Schuldrechtsmodernisierungsgesetz besteht bei dem Rückforderungsanspruch eine Verjährungsfrist von 3 Jahren.

Vorgehensweise!!!

Schon bei der Anhörung des Gerichts **vor** Erlass einer Entscheidung ist der Einwand gegenüber dem Gericht geltend zu machen !

In der Regel dürfte dann die Staatskasse bereits zustimmen, den Einwand bei der gerichtlichen Entscheidung zu berücksichtigen.

Sollte dennoch ein Beschluss unter Außerachtlassung der Verjährungseinrede ergehen, ist das in der Rechtsmittelbelehrung ausgewiesene Rechtsmittel einzulegen.

Dann **dürfte** der Rechtspfleger **in der Regel** seinen Beschluss **abändern** und fordert nur die Vergütung für die letzten 3 Jahre zurück.

Der Übergang auf die Staatskasse wird durch die Auszahlung der Entschädigung an den Betreuer begründet („Soweit die Staatskasse....**befriedigt**,...“ § 1836 e I 1 Hs.BGB).

Das ist korrekterweise der Zeitpunkt, in dem der Auszahlungsanspruch auf dem Konto des Betreuers gutgeschrieben wird bzw. hilfsweise der Moment, in dem der Rechtspfleger die Auszahlungsanordnung erlassen hat (für jedermann in der Akte feststellbar).

Der Zahlungseingang ist besonders bedeutsam, wenn das Gericht keinen Beschluss erlässt und nur im Verwaltungsweg eine Kassenanweisung über den Zahlungsbetrag erstellt (was heute der Regelfall ist).

Denn der Betreuer weiß ja sonst nicht, wann in der Akte die Auszahlungsanordnung erlassen wurde und kann dann für sich den Lauf der Frist nicht ohne weiteres berechnen !

Wichtig wird der genaue Zeitpunkt in der Praxis aber nur, wenn Zahlungen am Jahresende angeordnet werden, da dann eine Auszahlung erst am Anfang des Nachfolgejahres Einfluss auf die Fristberechnung zur Verjährung haben könnten.

Achtung!!! Die Rechtspfleger trifft keine Hinweispflicht gegenüber dem Betreuer.

Der Rechtspfleger würde sich sogar einer Dienstpflichtverletzung gegenüber dem Dienstherrn schuldig machen, wenn er den Betreuer darauf hinweist, dass er die Einrede der Verjährung erheben muß.

BGH, Beschluss vom 15.12.2010 XII ZB 170/08 FamRZ, 2011,368

Die nach § 5I,II VBVG für den monatlichen Stundenansatz des Betreuers maßgebende Frage der Mittellosigkeit ist für den ganzen Abrechnungsmonat einheitlich zu beurteilen

BGH, Beschluss vom 05.03.2013 XII ZB 582/12

a) für den Umfang des dem Betreuer gemäß § 5 VBVG zu vergütenden Zeitaufwands ist darauf abzustellen, ob der Betreute im Vergütungszeitraum mittellos war

b) der Vergütungsanspruch des Betreuers richtet sich gegen die Staatskasse, wenn der Betreute im Zeitpunkt der letzten Tatsachenentscheidung mittellos ist

4) Betreuungsgerichtliche Genehmigung

a) [Rechtsmittel](#) gegen Genehmigungsbeschlüsse müssen binnen einer Frist von **2 Wochen** nach Bekanntgabe eingelegt werden (§ [63](#) Abs. 2 FamFG)

Die Rechtsmittelfrist beträgt gem. § [63](#) Abs. 2 FamFG 2 Wochen ab schriftlicher Bekanntgabe an den jeweiligen Beteiligten (§ [41](#) Abs. 1 S. 1 FamFG)

Die Bekanntgabe kann gem. § [15](#) Abs. 2 FamFG auch durch Aufgabe eines einfachen Briefes an die Post erfolgen, wobei sie **3 Tage** nach der Aufgabe zur Post als bewirkt gilt.

Hier kann der Beteiligte glaubhaft machen, das Schriftstück erst später erhalten zu haben.

Hat allerdings im Vorfeld, z. B. bei der Anhörung nach § [299](#) FamFG einer der Beteiligten deutlich gemacht, dass er mit der Genehmigung nicht einverstanden ist, ist an ihn eine formale Zustellung notwendig (§ [41](#) Abs. 1 S. 2 FamFG).

Ist eine schriftliche Bekanntgabe an einen Beteiligten nicht möglich, beginnt die Rechtsmittelfrist erst **5 Monate** nach Erlass des Beschlusses.

Ist der Genehmigungsbeschluss rechtskräftig geworden und dem Dritten gegenüber mitgeteilt worden, findet gem. § [48](#) Abs. 3 FamFG weder eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (§ [17](#) FamFG), noch eine Anhörungsrüge (§ [44](#) FamFG), eine Abänderung oder Wiederaufnahme (§ [48](#) FamFG) statt.

b) Eröffnung der rechtskräftigen Genehmigung an den Dritten §§1908i, 1829 BGB

die Mitteilung kann nur **binnen 4 Wochen** nach dem Empfang der Aufforderung des Dritten, ob eine solche erteilt sei, erfolgen.

die Frist kann im genehmigungsbedürftigen Vertrag verkürzt oder verlängert werden (Palandt, Anm. 5.3) zu § 1829 BGB)

B. In anderen Gerichtsverfahren, insbesondere

Im Nachlassverfahren

a) zur Erbausschlagung des Erbes

Eine Erbausschlagung muss innerhalb von **sechs Wochen** (ab Kenntnis vom Anfall der Erbschaft, dem Grunde der Berufung und eventueller Beschwerden) beim zuständigen Nachlassgericht eingegangen ([§ 1944](#) BGB).

Sie bedarf einer Unterschriftsbeglaubigung und kann nur vor einem Notar oder dem zuständigen Nachlassgericht abgegeben werden.

Die Frist ist auch gewahrt bei Abgabe der Erklärung vor dem Nachlassgericht des Wohnortes des Ausschlagenden ([§ 344 Abs. 7 FamFG](#)).

Hatte der Verstorbene zuletzt seinen Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik Deutschland, oder hält sich der Erbe zum Zeitpunkt, in welchem er von der Erbschaft Kenntnis erlangt, im Ausland auf, ist die Frist abweichend **sechs Monate** ([§ 1944](#) Abs. 3 BGB).

Handelt es sich um eine Erbschaft aufgrund gewillkürter Erbfolge ([Testament](#), [Erbvertrag](#)), beginnt die Frist nicht vor der Eröffnung der letztwilligen Verfügung durch das Nachlassgericht.

b) Die fristhemmenden Bestimmungen gelten auch bei der Erbausschlagung

aa) [§ 206](#) BGB (höhere Gewalt) BayObLG [BtPrax](#) 1998, 76

d.h. Hemmung mit Eingang des Antrags zur betreuungsgerichtlichen Genehmigung beim Betreuungsgericht

Wegfall des Hemmnisses mit Zugang des rechtskräftigen Genehmigungsbeschluss beim Betreuer

Innerhalb der dann ab Zugang weiterlaufenden Ausschlagungsfrist muss die Genehmigung beim Nachlassgericht eingehen

bb) und [§ 210](#) BGB (Geschäftsunfähigkeit).

c) Die Ausschlagung eines Vermächtnisses ist **nicht fristgebunden**.

[§ 2180](#) BGB sieht keine Frist für die Ausschlagung eines Vermächtnisses vor.

Die Regelung des [§ 1944](#) BGB, wonach die Ausschlagung nur binnen sechs Wochen erfolgen kann, findet auf das Vermächtnis keine Anwendung, da in [§ 2180](#) Abs. 3 BGB auf sie gerade nicht verwiesen wird.

Eine analoge Anwendung des [§ 1944](#) BGB wird vom Bundesgerichtshof abgelehnt.

d) Zur Anfechtung der Ausschlagung

Tauchen nach der Erbausschlagung noch bisher unbekannte Vermögenswerte auf, kann die Erbausschlagung innerhalb **von sechs Wochen ab Bekanntwerden der Gründe** angefochten und somit die Erbschaft angetreten werden ([§ 1954](#) BGB), wenn die Ausschlagung unter Angabe des Grundes Überschuldung erfolgte.

Im Zivilverfahren

a) Gesetzliche und richterliche Fristen beginnen in der Regel mit Zustellung des Schriftstückes, in dem die Frist bestimmt ist

und

wenn es einer solchen Zustellung nicht bedarf, mit der Verkündung der Frist (§ 221 ZPO).

b) Die **Berufungs- und Revisionsfrist** mit Zustellung des Urteils (§§517,548; **ein Monat**)

c) Die **Einspruchsfrist** mit Zustellung des Versäumnisurteils bzw. des

Vollstreckungsbescheides (§§ 339,700 ZPO; **2 Wochen**)

d) Die **sofortige Beschwerdefrist** mit Zustellung des Beschlusses

bzw. mit Verkündung der Entscheidung (§569 Abs. 1 ZPO; **2 Wochen**)

Zur Berechnung der Fristen sind die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches heranzuziehen

Nach §187 Abs. 1 BGB wird der Tag der Zustellung nicht mitangerechnet

Jahresfrist:

Die Frist endet mit Ablauf des Tages, der seiner Benennung dem Tag entspricht, der die Frist auslöste, z.B. die Verjährungsfrist.

Die **Regelverjährung** beträgt **drei Jahre** (§ 195 BGB).

Die regelmäßige Verjährungsfrist beginnt ab dem Schluss des Jahres zu laufen, in dem der Anspruch entstanden ist und beträgt 3 Jahre.

Monatsfrist:

Monatsfristen enden mit dem gleichen Datum des folgenden Monats bzw. folgende Monate (§ 188 Abs.2 BGB).

.Fehlt bei einer Monatsfrist im letzten Monat der entsprechende Tag, endet die Frist am letzten Tag des Monats.

Wochenfristen:

Wochenfristen enden nach § 188 Abs. 2 BGB mit dem gleichbenannten Tag der folgenden Wochen.

Tagesfristen:

Eine nach Tagen bestimmte Frist endet mit Ablauf des letzten Tages der Frist (§ 188 Abs. 1, BGB)

Fällt das Ende einer Frist auf einen Samstag, Sonntag oder allgemeinen Feiertag, so endet die Frist mit Ablauf des nächsten Werktages (§ 222 Abs. 2 ZPO)

Beispiele (je nach Auswahl)

:

1) Erkenntnisverfahren:

§ 91a I 2	Widerspruch gegen Erledigungserklärung	2 Wochen	(Notfrist)
§ 132 I	Schriftsätze; Zustellung an Gegner	mind. 1 Woche	vor Termin
§ 132 II	Erwiderung des Gegners; Zustellung	mind. 3 Tage	vor Termin

§ 134 II 1	Einsicht nach Urkundenvorlage	3 Tage	
§ 234 I	Wiedereinsetzungsgesuch	2 Wochen	
§ 251a II 4	Terminantrag nach Säumnis	1 Woche	vor Termin
§ 269 II 4	Widerspruch bei Klagerücknahme	2 Wochen	(Notfrist)
§§ 275 I 1, III, § 277 III	Klageerwiderung bei frühem ersten Termin, zugl. Zulässigkeitsrüge (§ 282 in S 2)	mind. 2 Wochen	(rF)
§ 276 I 1	Anzeige der Verteidigungsabsicht bei Vorverfahren	2 Wochen	(Notfrist)
§ 276 I 2	Schriftl. Klageerwiderung, zugl. Zulässigkeitsrüge (§ 282 III)	mind. 2 weitere Wochen	(rF)
§§ 276 III, § 277 III,IV	Schriftl. Stellungnahme auf Klageerwiderung bei Vorverf.	mind. 2 Wochen	(rF)
§ 313a III	Verzicht auf Urteilsbegründung	1 Woche	
§ 317 I 3	Zurückstellung der Urteilszustellung	5 Monate	
§ 320	Antrag auf Tb-berichtigung	2 Wochen spätestens 3 Monate	
§ 321	Antrag auf Urteilsergänzung	2 Wochen	
§ 321a II 1	Rüge bei Verletzung rechtl. Gehörs	2 Wochen	(Notfrist)
§ 339 I	Einspruch gegen Versäumnisurteil	2 Wochen	(Notfrist)
§ 406 II 1	SV-Ablehnung	binnen 2 Wochen	
§ 517	Berufung	1 Monat	(Notfrist)

		spätestens 6 Monate	
§ 551 II	-Begründung	2 Monate	
§ 566 II S 2	Antrag auf Zulassung der Sprungrevision	1 Monat spätestens 6 Monate	(Notfrist)
§ 569 I	sofortige Beschwerde	2 Wochen spätestens 5 Monate u 2 Wochen (davon Ausnahmen)	(Notfrist)
§ 573 I 1	(befristete) Erinnerung	2 Wochen spätestens 5 Monate und 2 Wochen	(Notfrist)
§ 575 I 1	Rechtsbeschwerde	1 Monat	(Notfrist)
	-Begründung	1 Monat	

2) Im Strafrecht

Berufung gegen Strafurteil 1 Woche

Sofortige Beschwerde 1 Woche

Einspruch gegen Bußgeldbescheid 2 Wochen
("Strafzettel")

Revision
(Begründung nur durch Rechtsanwalt!) 1 Woche

Sämtliche Hinweise und Fristenangaben erfolgen ohne jedwede Gewähr!!!!

April 2013 R. Assion